

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Machtkampf der Schwerindustrie

Kein anderer Produktionszweig ist außer dem Bauwerke von der Weltwirtschaftskrise so stark betroffen wie die Schwerindustrie und innerhalb dieser die Hüttenindustrie. Der Braunkohlenbergbau bildet allerdings insoweit eine Ausnahme, als die Produktionseinschränkung bei diesem wesentlich geringer war. Viel stärker war bereits der Steinkohlenbergbau durch die Krise in Mitleidenschaft gezogen. Hier erreichten die unverkauften Haldenbestände einen gewaltigen Umfang. Vollends lag die Eisen- und Stahlerzeugung und die Herstellung von Walzwerkserzeugnissen danieder. Hier sank die Produktion im abgelaufenen Jahr auf ein Viertel von 1929. Die zweite Hälfte von 1932, insbesondere die Herbstmonate, brachten dann eine kleine Belebung, bei der Kohlenproduktion unterstützt durch saisonmäßige Einflüsse, bei der Eisen- und Stahlindustrie durch das Russengeschäft und die Bestellungen der Reichsbahn. So konnte die Produktion von Kohle im Laufe der zweiten Hälfte 1932 die Vorjahresziffern wieder erreichen und im November den Vorjahresstand überschreiten. Auch die eisenschaffende Industrie vermochte gegen Jahresende über den Stand zu Ende 1931 hinaus zu erhöhen. Ihr Inlandsabsatz war im letzten Vierteljahr 1932 größer gewesen als im Vorjahr. Der Rückgang jedoch, der um die Mitte des Jahres 1931 einsetzte, konnte nur zu einem kleinen Teil wettgemacht werden.

So war denn die Schwerindustrie in jeder Beziehung reif zur Sanierung. Diese Sanierung hätte damit begonnen werden sollen, daß das Aktienkapital entsprechend der verminderten, ja verschwundenen Rentabilität der unausgenützten Anlagen herabgesetzt würde. Dieser Kapitalschnitt ist jedoch nicht erfolgt, und die Schwerindustrie macht alle Anstrengungen, ihn solange als möglich hinauszuschieben und in einem so geringen Umfang als möglich durchzuführen. Freilich mußte auch der Staat Hilfe leisten und weitere staatliche Unterstützungen standes bevor. Die Sanierung der Großbanken durch staatliche Aufwendungen waren vor allem für die Unterstützung der an die Banken stark verschuldeten Schwerindustrie erforderlich. Die staatlichen Garantieübernahmen bei den Rußlandlieferungen und die öffentliche Arbeitsbeschaffung durch die Reichsbahn kamen in erster Linie der Hüttenindustrie zugute, obwohl damit nur verhältnismäßig wenig Arbeitern Beschäftigung geboten werden konnte, während dieselben Summen, an andern Stellen angewendet, den Beschäftigungsgrad viel stärker hätten erhöhen können. Durch den Erwerb der Gelsenkirchen-Gesellschaft durch das Reich hat gegenwärtig das Reich auch einen maßgebenden Einfluß über die Vereinigten Stahlwerke, deren Lage sich während der Krise am meisten verschlechterte. Allgemein wurde die Sanierung der Vereinigten Stahlwerke durch den Staat erwartet.

In diesen Stand der Dinge griff nun die Schwerindustrie mit einem wohlbedachten Feldzug ein. Systematisch wurden seitens der großen Organisationen und Unternehmungen der Schwerindustrie Erklärungen abgegeben, die ihre Zukunft in rosa Farben ausmalten. Bei einigen Unternehmungen waren in der Tat noch aus der Zeit der Hochkonjunktur Reserven vorhanden, die die Tragung der Krisenverluste ihnen ermöglichten. Auch die etwas erhöhte Beschäftigung trug zur Erhöhung der Rentabilität bei, da bei Unternehmungen mit hohen fixen Kosten eine jede Verbesserung in der Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Anlage die Rentabilität stark erhöht. Indessen eilten die erwähnten Erklärungen den Tatsachen weit voran und dienten nur dem Zweck, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß die deutsche Schwerindustrie den Schwierigkeiten aus eigenen Kräften Herr werden könne. Der Erfolg zeigte sich gleich in einer beispiellosen Steigerung der Aktienkurse der schwerindustriellen Unternehmungen, die im Jahre 1932 ihren Tiefstand erreichten und deren Kurse bis zum Ende des Jahres von diesem Tiefstand durchschnittlich auf das Doppelte erhöht werden konnten. Die Aktienkurse mancher Berg- und Hüttenwerke haben sich sogar verdreifacht. Betrag der Aktienkurse der Vereinigten Stahlwerke zum Beispiel auf ihrem Tiefstand 10 vH, so erreichte er zum Jahreschluß 34 vH. Das Hauptstreben bleibt aber bei diesen Versuchen, den Einfluß des Staates, dessen Hilfe freilich weiter bei jeder Gelegenheit in Anspruch genommen wird, so weit als möglich auszuschalten. Gelsenkirchen und darüber hinaus die Vereinigten Stahlwerke sollen wieder ungeschmälert dem privaten Besitz übergeben werden. Da in der Regierung der Wille zur Reprivatisierung vorhanden ist, so rechnet die Schwerindustrie damit, daß sich mit Hilfe einer künstlich hervorgezauberten optimistischen Stimmung eine Lösung finden wird, die jene schwerindustriellen Unternehmungen dem privaten Kapital zurückgibt.

Neuerdings ist in der Schwerindustrie ein Geschäft großen Ausmaßes durchgeführt worden, das sowohl produktionspolitisch wie unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Beeinflussung von großer Tragweite ist. Es handelt sich um den Erwerb großer Aktienpakete der Rheinischen AG für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation (Rheinbraun) durch die Rheinisch-West-

fälischen Elektrizitätswerke (RWE). Als das Reich Gelsenkirchen erwarb, zahlte es ihrem Besitzer Frick einen überhöhten Preis. Insbesondere hatte das Reich die Rheinbraun-Aktien, die Gelsenkirchen besaß, Herrn Frick überlassen. Hätte das Reich bei diesem unglücklichen Vertrag jene Rheinbraun-Aktien bei Gelsenkirchen belassen, so hätte es einen maßgebenden Einfluß gewonnen sowohl auf Rheinbraun wie auf den Harpen-Konzern, der große Kohlenzechen im Steinkohlenbergbau besitzt und von Rheinbraun beherrscht wird. Herr Frick verkaufte jetzt die Rheinbraun-Aktien an die RWE, um mit dem Erlös seine Schulden zu bezahlen und seine Machtposition in der mitteldeutschen Schwerindustrie zu befestigen.

Nun ist die RWE, was ihre Beherrschung anbelangt, eine eigenartige Einrichtung. Sie ist eine gemischtwirt-

schaftliche Gesellschaft, bei der die Aktienmehrheit die Gemeinden und Gemeindeverbände, das heißt die öffentliche Hand, besitzen, während die Leitung und die maßgebende Beeinflussung völlig beim schwerindustriellen Großkapital liegt, zumal die Gemeinden untereinander nie einig sind und vielfach selbst kapitalistische Führung haben. Der Generaldirektor des Stahltrusts Vögleier ist ihr Vorsitzender, der Leiter vom Rheinbraun Silberberg ihr einflußreichstes Aufsichtsratsmitglied. Der maßgebende Einfluß der RWE bei Rheinbraun könnte an sich bedeuten, daß die öffentliche Hand im Braunkohlenbergbau und über Harpen im Steinkohlenbergbau ihren Machtbereich erweitert hat. Andererseits geht die privatkapitalistische Leitung der nunmehr in ihrem Machtbereich erweiterten RWE darauf hinaus, den Einfluß der öffentlichen Hand soweit als möglich zurückzudrängen. Erst die Erstarbung der Macht der Sozialdemokratie kann demnach zuwege bringen, daß der hier geschilderte bedeutungsvolle Aktienkauf nicht die Macht des privaten Kapitals, sondern den Einflußbereich der öffentlichen Hand stärkt.

Um die 40stündige Arbeitswoche

Reaktionäre Sprünge des deutschen Unternehmervertreters

Im Arbeitsamt zu Genf hat die vorbereitende Konferenz für die Beratung der internationalen 40stündigen Arbeitswoche begonnen. Die Verhandlung wurde mit einer Rede des französischen Arbeitervertreter Léon Jouhaux eingeleitet. Für die Notwendigkeit der 40stündigen Arbeitswoche führte er durchschlagende Gründe an. In allen Ländern, so erklärte Jouhaux, herrsche Überkapitalisierung der Industrie, bei steigenden Kapitaleinsätzen und steigenden Renten gingen die Beschäftigung und die Löhne ständig zurück. Die Arbeitergruppe werde nicht dulden, daß durch die Arbeitszeitverkürzung eine Herabsetzung des Lebensstands der Arbeiter eintrete. Die jetzigen Reallohne stellten ein Lebensminimum dar, an das nicht gerührt werden dürfe, wenn nicht die Kaufkraft beeinträchtigt und die Krise verschärft werden sollten. Vor allem müsse klar entschieden werden, wohin der Weg gehe. Die 40-Stunden-Woche sei nicht nur eine soziale, sondern auch eine industrielle und wirtschaftliche Forderung. Alle bisher angewandten Mittel hätten versagt. Jouhaux stellte dann an Hand der Arbeitslosenzahlen in den einzelnen Ländern fest, daß mehr als ein Sechstel der Arbeiter in der Welt keine Beschäftigung haben.

Die Erklärungen der Regierungsvertreter waren insofern von besonderer Bedeutung, als ihre Stimmen den Ausschlag zum Abschluß einer 40-Stunden-Konvention geben. Nur die sozialdemokratische schwedische Regierung sprach sich rückhaltlos für die 40 Stunden aus. Sie kündigte zugleich an, daß sie ein Abkommen nur unterschreiben könne, wenn es bei den jetzigen Löhnen bleibe. Spanien ist für die Konvention, sobald die meisten Industrieländer mitmachen. Frankreich will erst die Stellungnahme — der andern Regierungen abwarten. Offen gegen die Konvention erklärte sich die englische Regierung, deren Vertreter die englischen Arbeiter gegen die des Kontinents ausspielen wollte.

Starke Gründe für den Kampf der deutschen Arbeiter um die Arbeitszeitverkürzung lieferte der deutsche Regierungsvertreter Dr. Sitzler. Die Reichsregierung sehe in der 40-Stunden-Woche nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der klugen Wirtschafts- und Sozialpolitik. In Deutschland habe man die Erfahrung gemacht, daß die Kosten infolge der Einstellung von mehr Arbeitern aus der Arbeitszeitverkürzung unbedeutend geringe Kostenerhöhung werde bei weitem ausgeglichen durch die Verminderung der Erwerbslosenlasten als Folge von Mehreinstellungen. Die deutsche Regierung halte die Erhaltung der Löhne im Rahmen des Möglichen (!) für notwendig, überall da, wo sie durchführbar sei (!). Aber sie glaube nicht, daß man durch eine Konvention allen Ländern die Erhaltung der bestehenden Löhne auflegen könne. Der technische Hinweis gegen eine kürzere Arbeitszeit sei völlig unhaltbar. Die Industrie werde sich technisch überall sehr leicht der verkürzten Arbeitszeit anpassen, wie sich bereits gezeigt habe. Die Konvention müsse aber in ihrer Dauer begrenzt werden auf die Krise. Auch sei ein Mitgehen der meisten Industrieländer sowie der außer-europäischen Konkurrenz unerlässlich.

Anschließend erlebte die Konferenz das Schauspiel eines heftigen Angriffs der deutschen Unternehmer gegen den Standpunkt der Reichsregierung. Sie schickten den Syndikus Dr. Pfeffer vor, der erklärte, die deutschen Unternehmer seien nicht überrascht, da sie die Stellung ihrer Regierung kennen würden. Er bekämpfte Sitzlers Darlegungen Punkt für Punkt und behauptete eine starke Erhöhung der Gesteuerungskosten und die Zerstörung der notwendigen Wirtschaftsfreiheit bei Einführung der 40-Stunden-Woche.

Der FAD ein kostspieliger Versuch

Als der Freiwillige Arbeitsdienst geplant wurde, haben die Gewerkschaften deutlich darauf hingewiesen, daß er schlimmer als nutzlos ist. Volkswirtschaftlich ist er schädlich, denn er verhindert ordentliche Arbeitsmöglichkeiten, und finanziell ist er eine Belastung, denn er kostet mehr als er je einbringen kann. Die gewerkschaftlichen Warnungen aber sind umsonst gewesen. Die Macher des FAD wollten oder durften nicht hören, weil sie besondere Ziele verfolgten. Und nun veröffentlicht „Die deutsche Krankenkasse“ eine Schilderung über die drückende Belastung, die der FAD schon jetzt für die Krankenkassen geworden ist. Der Alarmruf heischt Beachtung.

Die jungen Leute, die im FAD beschäftigt werden, waren alle vorher arbeitslos. Ihr Gesundheitszustand ist im allgemeinen beim Eintritt in das Lager keineswegs der beste. Während sich der Arbeitslose zur Not noch vor den Unbilden der Witterung schützen kann, muß der junge Mann im Freiwilligen Arbeitsdienst draußen bei Wind und Wetter arbeiten, und zwar in einer ihm vielfach fremden Beschäftigung. Kein Wunder, wenn in den Arbeitslagern die Krankenziffern bedenklich ansteigen. Die meisten Arbeitsfreiwilligen sind viel zu wenig an körperliche Arbeit gewöhnt; auch kommen sie zum größten Teil aus den Großstädten. Wenn sie mit Hacke und Spaten hantieren wollen, dann gibt es wundete Hände, Blasen und Zellengewebeentzündungen, und da sie zur Arbeitsstätte meist weite Wege zurücklegen müssen und oft in schlechtem Schuhzeug, gibt es wundete Füße. Vor allem aber sind Erkältungen an der Tagesordnung. Halsentzündungen, Lungenverschleimungen, Bindehautentzündungen, Stirnhöhlen- und Mittelohrerkrankungen sind die unvermeidliche Folge einer zu geringen Widerstandskraft gegen Wind und Wetter. Dazu kommen dann noch Hautausschläge, Furunkulose, Sportverletzungen usw. — ein ganzes Heer von Krankheiten, die alle geheilt werden sollen. Die Heilung aber kostet Geld.

Die Zahl der Krankenhauseinweisungen nimmt beängstigend zu. Genügt sonst bei Hals- und Mandelentzündungen vielfach die häusliche Pflege, so muß bei den Arbeitsdienstwilligen schon mit Rücksicht auf die Ansteckungsgefahr die Notwendigkeit der Krankenhauseinweisung ohne weiteres bejaht werden. Die finanziellen Auswirkungen dieses Zustandes auf die Krankenversicherung sind mehr als bedenklich.

Zur Verbesserung des Gesundheitszustandes in den Lagern sind selbstverständlich an verschiedenen Stellen schon Sondermaßnahmen getroffen worden. Man richtet ärztliche Sprechstunden ein, die sich natürlich nur durch das Entgegenkommen der Ärzte durchführen lassen. Man bringt Leichtkranke in Revierräumen unter, damit ihr Verweilen in den großen Wohn- und Schlafräumen vermieden werden kann. Die Kassen sorgen selbst für die Belieferung von Verbandstoffen, Hustenmitteln und dergleichen, denn sie haben ja ganz besonders ein Interesse daran, die jungen Leute gesund zu erhalten und sie als spätere Kassenmitglieder auf Grund einer freien Arbeit vom Wert der Krankenversicherung zu überzeugen.

Aber all das ändert nichts an der Tatsache, daß die Krankenversicherung finanziell ins Gedränge kommen muß, wenn man die Arbeitslager wie bisher wahllos mit jungen Leuten anfüllt, die den Strapazen der Arbeit nicht gewachsen sind. Für den Freiwilligen Arbeitsdienst wird daher von den Kassen eine Art Musterung gefordert, das heißt eine vertrauensärztliche Untersuchung vor der Einstellung in den Dienst, damit die jungen Leute auf ihre Geeignetheit für den Dienst hin geprüft werden. Von ärztlicher Seite wird angeregt, daß die Arbeitsämter den Krankenkassen die Beträge zuführen müssen, die ein Arbeitgeber den Kassen für einen vollbeschäftigten Arbeiter zahlen muß, ja vielleicht sogar noch einen höheren Betrag, da bei der körperlichen Verfassung der jugendlichen zum Arbeitsdienst kommenden Arbeitslosen und bei der heutigen Gestaltung des Arbeitsdienstes die Inanspruchnahme der Kassenmittel weit über das normale Maß hinausgeht.

Jedenfalls, so wie bisher geht es nicht. Die große Masse der versicherten Arbeiter hat keine Lust, die Zeche für ein kostspieliges Experiment, wie es der FAD nun einmal ist, zu bezahlen.

Aus dem Inhalt

	Seite
Machtkampf der Schwerindustrie — Der FAD ein kostspieliger Versuch	13
Monopole und Krisen — Ernst von Borsig †	14
Kinderföbel im Jahre 1932	15
Die Bedeutung der Betriebsrätewahlen — Vom Vorstand	16
Der Vorschlag der Technokraten	17
Hilfsbedürftigkeit und Unterhaltspflicht — Schriftschau	18

Monopole und Krisen

Von Heinrich Schillestedt

Aus der inneren Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Wirtschaft entstanden Unternehmerkartelle, mit der einzigen Absicht, die Konkurrenz aufzuheben, die Preise nach eigenen Beschlüssen festzusetzen und dadurch die Schwankung der Profitrate zu beseitigen. Die Aufhebung der Konkurrenz bedingte, daß die kartellierten Unternehmer die Erzeugung nicht über den Bedarf hinaus steigerten und in den Zeiten verminderten Absatzes die Erzeugung einschränkten. Es war der Versuch, die Unternehmer vor den Folgen auftretender Krisen zu schützen.

Die Bildung der Kartelle war aber ein Verstoß gegen das kapitalistische Evangelium der freien Konkurrenz, und deren unentwegte Vertreter wollten mit gesetzgeberischen Mitteln die Kartellbildung und ihre Wirkung aufhalten. Daraus ist natürlich nichts geworden, denn über die Kartellbildung hinaus führt auf einer Stufe der industriell-kapitalistischen Entwicklung der Zusammenschluß aller Einzelbetriebe zu Trusts und Konzernen. Hiergegen sind Mittel der Gesetzgebung nicht mehr anwendbar.

Wenn schon diese Entwicklung mit der ursprünglichen kapitalistisch-liberalistischen Theorie nicht übereinstimmen wollte, so mußte es gelingen, wissenschaftliche Theorien in diese Entwicklung hineinzulegen, und es fanden sich auch solche Wissenschaftler, welche die Kartellbildung als Krisenschutzmittel bezeichneten, die der Auffassung waren, daß mit Hilfe der Kartellpolitik die Wirtschaftskrisen mit ihren furchtbaren Erscheinungen aufgefangen werden könnten. Es sollte gelingen, in die Beschäftigung der Arbeiter eine größere Stetigkeit hineinzubringen.

Diese wissenschaftlichen Spintisierungen sind gründlich durch die Praxis widerlegt. Durch den Zusammenschluß der kartellgebundenen Betriebe zu einem gemeinsamen Unternehmen sind Monopole mit noch größerer Wirksamkeit entstanden, aber die besteht darin, die Krisenfolgen für die Unternehmer abzuwehren. Es sollte eine Versicherung der Unternehmer gegen Konjunkturschwankungen werden, denn wenn sie nicht aufgehoben werden können, so wollen doch wenigstens die Unternehmer von den Wirkungen verschont bleiben. Das bedeutet für die übrigen Menschen, insbesondere für die Arbeiter, daß nur ihnen die Folgen der Konjunkturschwankungen aufgeladen werden.

Mit einer Rücksichtslosigkeit, die ihresgleichen sucht, haben die deutschen Unternehmer die Krisenwirkung abwälzen wollen. Durch den Einkauf von Konkurrenzbetrieben nur zum Zweck der Stilllegung ruinierten die Unternehmer Arbeiter, Städte und Gemeinden. Kartelle und Konzerne mit ihrem monopolistischen Charakter führten zu einer beispiellosen Ausbeutung des eigenen Volkes, um nach dem Ausland zu Schleuderpreisen ver-

kaufen zu können. Heute zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Monopole krisenverschärfend und krisenverlängernd wirken. Am eindeutigsten wird das bewiesen durch die Entwicklung der Eisenpreise je Tonne in Deutschland und auf dem Weltmarkt; wie sie die folgende Zahlentafel zeigt:

Monatsdurchschnitt	Knüppel		Stabeisen		Grobbleche	
	inl. länd.	ausl. länd.	inl. länd.	ausl. länd.	inl. länd.	ausl. länd.
1928 Monatsdurchschnitt	117,48	95,80	139,46	114,54	157,30	127,18
1929	119,—	101,38	141,—	115,81	160,—	126,44
1930	116,96	85,86	138,67	97,20	157,08	116,46
1931	109,58	62,74	126,90	69,39	147,76	81,04
1932 Januar .. .	96,45	48,76	110,—	54,29	129,10	65,34
1932 Oktober .. .	96,45	40,71	110,—	52,53	129,10	61,32

Die unglaubliche Festigkeit der deutschen Eisenpreise, die seit über einem Jahr um reichlich 100 vH über den Weltmarktpreisen liegen, zeigt die immense Schädigung Deutschlands durch die monopolistische Wirtschaft der Unternehmer. Es ist nur ein schwacher Trost, daß in anderen Ländern in ähnlicher Weise versucht wird, die Preise auf Kosten der einheimischen Verbraucher hochzuhalten. Zwar erhält die weiterverarbeitende Industrie Deutschlands auf das bezogene Eisen eine Rückvergütung, soweit die Fertigfabrikate exportiert werden. Aber der inländische Verbrauch wird in unerhörter Weise belastet. Die Folge ist, daß alle Eisenwaren und alle mit Eisen und Stahl als Maschinen und Werkzeuge hergestellten Waren gegenüber dem Weltmarktpreis so verteuert sind, daß der Verbrauch im Inlande fast in dem Ausmaß des Preisunterschiedes gedrosselt ist. So wirken nicht nur die gesunkenen Einkommen verbrauchs-hemmend, sondern auch die monopolistischen Preise. Dadurch wird die Krise im Inland verschärft und ihre Überwindung geradezu unmöglich gemacht. Nur um den Profit der Kapitalisten zu sichern, müssen die Völker die Wirkung der Krise und ihre Verlängerung erdulden.

Niemand kann daran denken, die Kartelle und Monopole zu zerschlagen, denn das Rad der Entwicklung kann nicht zurückgedreht werden. Monopole brauchen solche schädlichen Wirkungen nicht zu haben, sie sind nur der Ausfluß des Privatbesitzes. Mit Hilfe der Monopole üben ein paar Unternehmer Gewalt gegen ein ganzes Volk aus. Die volksfeindliche Wirkung dieser Monopole ist mit einem Schlag durch die Beseitigung des Privatbesitzes aufzuheben. Es darf in Zukunft nur noch einen Monopolisten geben, der allein über diese Wirtschaft zu verfügen hat: das ist die Gesamtheit. Es wird die höchste Zeit, daß diese Erkenntnis zum Gemeingut wird.

Ernst von Borsig †

Freund Hein hat in einer Woche gleich zwei typische deutsche Wirtschaftsführer abgerufen. Vor ein paar Tagen den Hapagdirektor Cuno, den früheren Reichskanzler, nun den bekannten Metallindustriellen Ernst von Borsig, den langjährigen Vorsitzenden der deutschen Arbeitgeberverbände. Borsig hatte mit zwei Brüdern die Lokomotivfabrik geerbt, die der Großvater vor einem Jahrhundert am Oranienburger Tor zu Berlin errichtet hatte. Der Name Borsig hatte früher einen fast liberalen Klang, und die Erzeugnisse der Fabrik waren in der ganzen Welt wohlbekannt. Ein geschulter und fleißiger Arbeiterstamm gab all sein Können, den guten Namen des Werks zu begründen und zu erhalten. Die weltweite Entfaltung des Bahnwesens brachte große Aufträge. In der wilhelminischen Zeit und im Kriege sorgten reichliche Heeresaufträge für die Füllung der Kasse. Nach dem Kriege ging es mit diesem goldenen Sieger zur Neige. Jetzt hätte die Werksleitung die große Probe ihres Könnens und Weitblicks ablegen, insonderheit hätte der Chef zeigen müssen, daß er das Zeug zu einem wirklichen Wirtschaftsführer besaß. Statt dessen übte er sich als Vorsitzender der deutschen Arbeitgeberverbände. An deren Spitze ist v. Borsig sieben Jahre gewesen. In dieser Zeit ist die Organisation der deutschen Unternehmer zu einem reaktionären Kräftebetrieb schwersten Kalibers geworden. In den Schriften dieser Organisation ist wirtschaftlicher und sozialpolitischer Unsinn bergehoch gehäuft worden. Gewiß wird der Vorsitzende nicht an all dem Unsinn schuld sein. Aber er hat nichts ver-lauten lassen, was annehmen ließ, daß er besseren Sinnes sei.

Von Borsig drehte immer mehr den Rücken gegen die Zukunft und das Gesicht zum vormärzlichen Patriarchalismus. Die Werksgemeinschaft war sein Steckenpferd, die Gelben seine Lieblinge, Nazis und Stahlhelmer wurden die bevorzugten Mitarbeiter. In den Werkbüros breiteten sich die Leute aus; die mit dem Säbel besser umzugehen verstanden: als mit einer großen Fabrik. Der Chef selbst bemühte sich, von der Tribüne der Arbeitgeberverbände aus klarzumachen, was Geistes Kind er war. Er geiferte gegen die Tarifpolitik, gegen die „hohen Löhne“, gegen die Sozialversicherung, gegen die Gewerkschaften, kurz gegen alles, was sich die Arbeiter mühselig errungen haben. Die sozialreaktionäre Spule wurde auf die höchste Tourenzahl gebracht, als die Krise einzusetzen begann. Jetzt hätte der Träger eines großen Namens durch großen Weitblick und schöpferische Gedanken zeigen müssen, daß er des Namens würdig war. Statt dessen pflegte er Schmetterlinge und wetterte über die Arbeiter, über die also, ohne deren Fleiß, Hingabe und berufliche Tüchtigkeit Borsig und seine ganze Standesgenossenschaft längst im Dalles erstickt wären. Es wurde hier einmal mehr und mit unleugbarem Erfolg bewiesen, daß ein großes Werk nicht über das dritte Geschlecht hinausgebracht wird.

Nun ist Ernst von Borsig zu seinen größeren Vorvätern geehrt. Von dem Erben des großen Namens und des guten Geschäfts zeugt in Schlesien ein schrottreifes Eisenwerk und in Tegel bei Berlin eine fast menschenleere Fabrik. In Deutschlands Unternehmertum wird der Tote noch eine Zeitlang fortleben als der Spitzenreiter der sozialpolitischen Reaktion. Noch länger werden die Arbeiter der Borsigwerke des Toten gedanken, wenigstens die Arbeiter, die ihr Geld der Werkssparkasse anvertrauten.

Unter dem Hapagdirektor Cuno war in der politischen Zentrale, just als das Reichsgebäude in tausend Gefahren stand, eine Ministergarnitur beisammen, deren brüllende staatsmännische Begabung Ruhrbesetzung, Inflation und Separatismus katastrophenmäßig zuspitzte. Unter dem Metallindustriellen Borsig war in der Arbeitgeberzentrale, just als das Wirtschaftsgebäude in allen Ecken zu krachen begann, eine Wirtschaftsführergarnitur beisammen, deren brüllende Genialität nichts Vernünftigeres zu tun wußte, als nach den spärlichen Lobpreisrosen und Sozialrechten des qualitätslosen Proletariats zu greifen. Beide, Cuno und Borsig, haben unter wackerem Beistand von Standesgenossen außerordentlich viel zu der Zerstörung des Überlebens an die Überlegenheit der Wirtschaftsführer beigetragen. Heute glaubt ihnen niemand mehr. Nur die Leichenbestatter glauben noch an sie.

Verstärkte Arbeitslosigkeit

In Deutschland 169 000 mehr

Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist in der zweiten Hälfte des Dezember die Arbeitslosigkeit aus saisonmäßigen Ursachen weiter gestiegen, jedoch langsamer als im ersten Berichtsabschnitt. Am Jahresende waren bei den Arbeitsämtern rund 5 773 000 Arbeitslose gemeldet. Die Zunahme seit Mitte Dezember betrug rund 169 000. Die Überlagerung gegenüber dem Vorjahre, die Ende Juni mit mehr als 1,7 Millionen am stärksten war, ist seitdem ständig geringer geworden und betrug am Jahresende nur noch rund 105 000.

In der Arbeitslosenversicherung stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 94 000 auf rund 792 000, in der Krisenfürsorge um rund 93 000 auf rund 1 281 000. Aus dem Personenkreis der öffentlichen Fürsorge wurden Ende Dezember rund 2 375 000 Arbeitslose nach den Vorschriften der Reichsregierung als Wohlfahrtsverworbene anerkannt. Am Jahresende waren trotz Beendigung der Arbeiten oder winterlicher Unterbrechung noch rund 242 000 junge Deutsche im freiwilligen Arbeitsdienst tätig, das heißt 43 000 weniger als Ende November. Die Zahl der Notstandsarbeiter in der wirtschaftlichen Arbeitslosenfürsorge steht für Ende Dezember noch nicht fest, dürfte aber nahe an 70 000 zu schätzen sein.

In der Tschechoslowakei 149 000 mehr

Nach der vorläufigen amtlichen Zählung gab es in der Tschechoslowakei Ende Dezember 750 000 Arbeitslose. Die Zunahme im Dezember beträgt 149 000. Diese Zahl übertrifft nicht nur die Vorzahlungen, sondern auch alle Befürchtungen, die auf Grund der Saisonermäßigungen gehegt werden mußten. Man rechnet damit, daß Ende Februar mehr als 850 000 Arbeitslose erreicht sein dürften.

Schwierigkeiten durch eigene Schuld

Aus der Rede des Präsidenten der Hamburger Handelskammer in der Jahresversammlung zitieren wir folgende Stelle, die charakteristisch ist und dafür Zeugnis ablegt, wie wir uns durch Zölle und indirekte Steuern selbst schädigen:

„Während wir im Jahre 1909 noch einen Zoll von 20 Pf. je Pfund Kaffee hatten, beträgt der Zoll heute 80 Pf. zuzüglich 2 vH Steuer. So kommt es, daß, trotzdem jeder in Deutschland gern richtigen Kaffee trinken würde, trotzdem sein Weltpreis spottbillig ist, der Preis von Kaffee hier in Deutschland für die minderbemittelte Bevölkerung unerschwinglich ist. In Brasilien werden Millionen von Säcke Kaffee vernichtet, verbrannt, weil die Absatzmöglichkeit fehlt; hier in Deutschland ist der Verbrauch im Jahre 1932 um etwa 500 000 Säcke gegen 1931 zurückgegangen, das sind 20 vH. Nicht nur entbehren dadurch Tausende von Deutschen ein ihnen lieb-gewordenes Genussmittel, sondern die kaffeebauenden Länder, vor allem Brasilien, sind nicht mehr in stande, wie früher deutsche Waren zu kaufen. So bleiben unsere Arbeiter unbeschäftigt, Brasilien ist nicht mehr in stande, seine Schulden aus Ausland zu bezahlen, unsere Kaufleute, die große Außenstände in Brasilien haben, gehen zugrunde, unsere Schiffe liegen still im Hafen, da sie keine Fracht zu fahren haben.“

Der „große Führer“ geschäftig

Der große „Führer“ Hitler ist kürzlich in Köln in dem Hause eines Bankiers mit dem kürzlich noch zum Todfeind erklärten von Papen zusammen gewesen. Kurz darauf hat sich der letztere nach Dortmund zu den Schwerindustriellen begeben. Es wird allgemein behauptet, daß der große Führer bei seinen etwas filzig gewordenen Gönnern um gut Wetter angehalten habe.

Die Nazis haben viel Schulden; die allerwärts geschwenkten Sammelbüchsen bringen nicht so viel ein, um das Geld, das die Osas für Autofahrten und den anderen Unterhaltsamkeiten benötigen, zu decken. Natürlich verlangen die Schwerindustriellen Ware für ihr Geld. Um das benötigte Geld mit der verlangten Ware in Einklang zu bringen, ist der adlige Unterhändler des Oberosaf nach Berlin gefahren, und Hitler ist ebenfalls, den großen „Eroberungssturm“ in Lippe, wo Wahlbewegung ist, sich selbst überlassend, nach Berlin geeist. In den Berichten über dieses Begehn wird von der Tagespresse mitgeteilt, daß bei den Herren Schwerindustriellen Mißstimmung über den gegenwärtigen Regierungskurs herrsche; man wolle wieder die Papensche Ankerbelohnung (mit den Steuerscheinen und Lohnkürzung natürlich), aber dem Arbeitsbeschaffungsplan der Regierung sei man nicht grün.

Aus den bunten Mitteilungen geht soviel hervor, daß das edle Haupt der „aufbauwilligen Kräfte“ Geld braucht, und nicht zu knapp, daß er ebenso dringend keine neue Reichstagswahl braucht, weil ein weiterer Rückgang der Nazistimmen zu erwarten ist. Andererseits würde die schwerindustrielle Gebührendigkeit im Frostzustand beharren, wenn ihr teures Kostgeld, eben der Oberosaf, nicht nun endlich die Ware liefert. Das heißt zunächst, daß der hohe Herr seine Unfreundlichkeiten gegen die Sachwalter der Schwerindustrie einstellt und geizigend Folgsamkeit sehen läßt. Mit anderen Worten, daß Hitler seine Reichstagsmannschaft zu Nutz und Frommen der Geldgeber extorieren läßt. Dafür seien ihm außer Bargeld staatliche Macht und Pöstchen in Aussicht gestellt.

Da es der Oberosaf ernst mit seiner Uraufgabe nimmt, wird er nach einigen Legalitätsschwüren kund und zu wissen tun, daß er noch der alte ist. Die Nazis werden wahrscheinlich nun nicht mehr auf Einberufung des Reichstags bestehen. Damit gewinnt der Oberosaf Zeit zum Handel mit seinen Abgeordnetenmandaten, er geht einer kostspieligen Neuwahl aus dem Weg und kann den so sehr benötigten Mammon in die Kasse des Braunen Hauses schaffen. Das ist gewiß allerhand. Der große „Führer“ aber dürfte beweisen, daß er seinen Ruf auch diesmal verdient. Die bürgerliche Presse wird über alle Geschäftsgänge des in einem braunen Hemd hängenden Privatmannes heftig berichten. Derweil man das hohe Politik nennt.

Bei all den Unterhaltungen und Treffen der eilen Gönner und ihrem gleichzeitigen Kostenträger lasse man nie aus dem Auge, daß ihre Gesprächsgegenstände weniger wichtig sind als ihr gewöhnliches Handelsobjekt. Ihnen geht es gleichermaßen um die Herrschaft über das arbeitende Volk, aus dessen Knochen sich alle diese Herren behagliche Wohnsitze bauen wollen. Allen diesen Herren geht es um die Beseitigung von Demokratie, proletarischer Freiheit, Sozialpolitik und Gewerkschaften. Die Frage, wie die Beseitigung am besten zu bewerkstelligen ist, bewegt Gönner wie Kostenträger gleich stark. Nichts anderes.

Die Geldsache der „unbedingt nationalen Bewegung“ soll jetzt im Auslande einen Erfolg zu buchen haben. Wie der Dortmunder General-Anzeiger am 12. Januar meldet, sei es dem Pp. Göring gelungen, in Schweden einen Kredit von vier bis fünf Millionen Mark aufzutreiben. Die Garanzleistung soll,

wie das westfälische Blatt weiter berichtet, „von Kreisen der rheinisch-westfälischen Industrie übernommen worden sein“. Es wird in politischen Kreisen Berlins sehr eifrig die Frage erörtert, was schwedische Industriekreise bewogen haben kann, der Nationalsozialistischen Partei einen Kredit von solcher Höhe zur Verfügung zu stellen...



Wir sind der Meinung, daß die schwedischen Kapitalisten ebensowenig wie die deutschen ihr Geld umsonst ausgeben wollen. Die deutschen Kapitalisten wissen aber schon, daß die Hypothek auf den deutschen Nationalismus höchst fragwürdig ist. Dies läßt sich, wie man annehmen muß, in Schweden noch nicht herangesprochen, so daß schwedische Geldleute noch des Wagnisses sind, für ihr Geld irgendwelche Vorteile, jedenfalls Kapital und Zinsen, zurückzubekommen. Sie werden ihre Hoffnungen wie auch ihr Geld in den Schornstein schreiben müssen.

Die Lohnquetscherei erwürgt den Bauern

Der Bauer vermag mit den jetzigen Preisen seine Unkosten kaum zu decken. Für einen Zentner Schweinefleisch Lebendgewicht bekommt er heute etwa 35 M., für eine Kuh ist der verhältnismäßige Erlös noch viel geringer. Wir befinden uns also in einer Periode der tiefsten Viehpreise. Man sollte meinen, daß angesichts dessen der Fleischverbrauch sich wesentlich heben würde. Dies ist aber nicht der Fall. Im Jahre 1932 ist eine fühlbare Senkung eingetreten. Der Fleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung ist im 2. Vierteljahr 1932 auf 84 (1913 = 100) herabgegangen. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang von 8 vH zu verzeichnen. Die breite Masse der Bevölkerung ist einfach nicht mehr in der Lage, die zur Ernährung notwendige Menge Fleisch zu kaufen. Der Rückgang des Fleischverbrauchs ist ein Gradmesser für die Verelendung des deutschen Volkes.



Verbandsleben



Die Bedeutung der Betriebsrätewahlen

Im Vorjahr wurde die Neuwahl der Betriebsräte aus den bekannten Gründen nicht vorgenommen. Die längere Amtsdauer der Betriebsräte in schwierigster Zeit wird ihre Brauchbarkeit bewiesen haben. Das System der Betriebsräte hat jetzt eine Anlaufzeit von 12 Jahren hinter sich. Seine Kinderkrankheiten können im großen und ganzen als überwunden gelten. Man redet nicht mehr viel von den Betriebsräten, sondern nimmt sie als etwas Gegebenes hin. Langsam und sicher haben sich die Betriebsräte ihr Feld erobert. Nicht immer ist ihnen das leicht gemacht worden. Selbst von den Belegschaften, ja, gerade von dort, wurden ihnen die größten Schwierigkeiten bereitet. Die Betriebsräte wurden teils als Beschwerdestelle, teils als Müllgrube angesehen. Hatte irgend jemand einmal einen kleinen Schmerz oder eine Differenz mit dem Vorgesetzten, dann war er selbst nicht bemüht, die Sache aus der Welt zu schaffen, sondern wandte sich an den Betriebsrat, den er für gut genug hielt, seine persönlichen Angelegenheiten zu regeln. Es hat von den Betriebsräten sehr viel Takt erfordert, hier den richtigen Weg zu finden. Nur tüchtige Funktionäre werden dazu in der Lage sein.

In diesem Jahre werden die Betriebsrätewahlen den Anlaß zu besonders heißen Kämpfen geben. Nicht nur tritt die RGO als Konkurrent gegen die Gewerkschaften auf, sondern auch die Betriebszellenorganisation der Nationalsozialisten. Beide Gruppen werden mit allerhand Schmutzkübeln antreten, um die segensreiche Tätigkeit der gewerkschaftlichen Betriebsräte zu besudeln. Wie stark die Position der Gewerkschaften bei den Betriebsräten ist, beweist das Ergebnis der letzten Betriebsrätewahlen im Jahre 1931. Von 100 Arbeiterratsmitgliedern erhielten die freien Gewerkschaften 83,6 die christlichen Gewerkschaften 7,9, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften 1,1, die Kommunisten (RGO) 3,4, die Nazis 0,5, und sonstige, insbesondere Nichtorganisierte, 3,5 vH. Die freien Gewerkschaften überragen die Gesamtheit der Gegner um ein bedeutendes. Die Betriebsrätewahlen sind eben nicht zu vergleichen mit den Wahlen zu den politischen Körperschaften. Bei den letzteren können sich unbedenklich die Schleusen der Agitation öffnen und deren Flut sich über das gesamte Leben ergießen. Bei den Betriebsrätewahlen handelt es sich um verantwortungsvolle Posten, bei denen kein Mundspitzen hilft, sondern auch gepfiffen werden muß. Ganz richtig schrieb Der deutsche Volkswirt in Nr. 15 (6. Jahrgang):

„In den weitaus meisten Betrieben, besonders den mittleren und kleineren, gilt eben doch der sozialdemokratische Vertrauensmann der freigewerkschaftlichen Organisationen als der bessere Sachwalter der eigenen Interessen der Arbeiter, wenn er mit dem kommunistischen Agitator in Konkurrenz steht. Bei den politischen Wahlen glaubt man vielfach, den Stimmungen freien Lauf lassen zu dürfen, während die Belegschaftsinteressen des einzelnen Betriebes dem Arbeiter näher liegen und er das Gefühl hat, sich eine andere als eine sachliche Einstellung nicht leisten zu können.“

Ein durchaus zutreffendes Urteil in den Betrieben herrscht seit Jahrzehnten der die Schule der Organisation durchlaufene Gewerkschaftsfunktionär. Kenntnisse und Taktgefühl, die zur Ausführung solcher Posten notwendig sind, lassen sich eben nur durch langjährige Schulung in der Organisation erwerben. Es ist deshalb etwas natürliches, daß die in jedem Jahr stärker ansteigende Agitation der Kommunisten den Platz der Gewerkschaftsbewegung in den Betrieben nicht einzunehmen vermochte. Auch zu den diesjährigen Betriebsrätewahlen haben die Kommunisten gerüstet. Die KPD hat für 1933 ihre Thesen aufgestellt. Die These 3 lautet folgendermaßen:

„Die bevorstehenden Betriebsräte- und Ortsverwaltungswahlen müssen durch unsere entschlossene Offensive, durch die Ausmerzung aller noch vorhandenen Schwächen und Mängel in der Betriebsarbeit und vor allem in der Arbeit in den Gewerkschaften zu einem wuchtigen Schlag gegen die Verbündeten Schleichers in den Gewerkschaftsvorständen gemacht werden.“

Man kann hieraus schließen, daß von der KPD wiederum alles versucht wird, bei den Betriebsrätewahlen Proselyten zu machen. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen sich auf eine energische Gegenwehr einstellen. Schwätzer haben nicht das Zeug, Betriebsräteposten auszufüllen. Dem Unternehmer gegenüber sind sie in der Regel die größten Waschlapfen. Zum Betriebsrat muß der charakterfesteste und geschulte Gewerkschaftsfunktionär aufgestellt werden. Nur er vermag es, diese Einrichtung richtig anzuwenden und zu verteidigen.

Mit den Verleumdungen, die Kommunisten und Nazis gleichfalls in den Wahlkämpfen gegen die Gewerkschaften gebrauchen, schädigen sie nur die gesamte Arbeiterbewegung. Doch darauf gehen diese Leute direkt aus. Nicht gleichgültig kann dies aber unsern Gewerkschaftsmitgliedern sein, die überzeugt sind, daß sie in den Gewerkschaften und dem System der Betriebsräte noch etwas zu verlieren haben. Deshalb gilt es, die Betriebsrätewahlen mit allem Nachdruck gegen die Feinde der Arbeiterschaft zu führen.

Die Eiserne internationale in Prag

Am 6. und 7. Januar war das Zentralkomitee der Eisernen Internationale in Prag beisammen. Vertreten waren die Verbände von Deutschland, England, Spanien, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien und der Schweiz, Luxemburg, Polen, Jugoslawien und Finnland hatten ihr Nichtkommen entschuldigt. Die letzten drei wegen Passverweigerung. In Polen gibt man den Gewerkschaftsführern überhaupt keine Ausreisepässe. Auch die finnischen Genossen führen schwere Klage über ihre Reaktion.

Am ersten Tag berichtete der internationale Sekretär, Kollege Hg. Bern, über die allgemeine Lage, die Vertreter der Ver-

bände taten dies für ihre Länder. Aus den Berichten geht hervor, daß mit kleinen Abweichungen in der Form die Krise überall gleich stark wütet. Die vom Sekretär vorgeschlagene Hilfsaktion wurde einstimmig gebilligt. In der Antikriegsfrage trat das Komitee den Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftsbundes bei. Große Aufmerksamkeit wurde der Arbeitszeitverkürzung zugewendet. Eine umfassende Aussprache wurde gepflogen. Alle Mitglieder des Komitees waren der Meinung, daß eine dringliche Behandlung und baldige Lösung der Frage notwendig ist. Die Arbeitskonferenz, besonders aber die Vorkonferenz soll aufgefordert werden, die Lösung des Problems mit aller Energie zu betreiben und den einzelnen Staaten und ihren gesetzgebenden Körperschaften ehestens einen Beschluß zur weiteren Behandlung und gesetzlichen Verarbeitung zu übermitteln. Die Gewerkschaften sollen im Einvernehmen mit den sozialdemokratischen Parteien mit allen Mitteln die Gesetzgebung der 40- bzw. 36stündigen Arbeitswoche anstreben. Hierzu hat die Sitzung nachstehende Entschlüsse gefaßt:

„Die Arbeiterklasse lehnt die Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung ab, welche zu einem allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch treibt. Sie unterstreicht mit Recht die volle Verantwortung jener Kreise, die die Führung der öffentlichen Angelegenheiten in der Hand haben...“

Soll die Massenarbeitslosigkeit mit einigem Erfolg bekämpft werden, muß die Vierzigstundenwoche mit großer Beschleunigung so verwirklicht werden, daß eine Schrumpfung der Kaufkraft der Arbeiterschaft verhindert wird. Für die Betriebe mit kontinuierlicher Arbeitszeit, besonders für die Schwereisenindustrie, erscheint die Einführung des Vierschichtensystems zu sechs Stunden als die gegebene Lösung. Das Zentralkomitee unterstützt mit aller Kraft die Forderungen des IGB und verlangt mit aller Entschiedenheit, daß die Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes in Genf diese Anträge zu den ihrigen macht.

Die Konferenz appelliert besonders an die in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, der gegenwärtigen geistigen Verwirrung nicht zu unterliegen, alle extremen Strömungen abzulehnen und durch die Festigung ihrer eigenen Positionen den Einfluß auf die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu gewinnen.“

Komm her zu uns!

Auch du darfst nicht allein mehr stehen,
komm her, reich uns die Hand,
du sollst mit uns gemeinsam gehen,
komm mit in den Verband!

Wir wollen unser Dasein wandeln,
wir sind der Freiheit Mark,
gemeinsam sollst du kämpfen, handeln,
gemeinsam bist du stark!

Allein bist du das Spiel der Feinde,
allein bist du zu schwach,
komm her in die Verbandsgemeinde,
und dann dem Gegner Schach!

Hermann Nöll

Kampf um die Jungen

Mit Erschütterung habe ich vor einiger Zeit in der MZ den Aufsatz „Tragödie der Jungen“ gelesen. Die Zeilen haben aufgerüttelt, denn im Arbeiterleben gewöhnt man sich allmählich an die alltägliche Misere. Es wird wenig Arbeiterfamilien geben, die von der modernen Geißel Arbeitslosigkeit verschont geblieben sind. Am meisten trifft es das jüngere Element; denn kommt es zu Entlassungen, sind die Jungen zuerst an der Reihe, dann kommen die Unverheirateten und die Leute mit wenig Angehörigen. Der eben frisch Ausgelernte wandert am ersten zur Stempelstelle. Statt der Familie eine Hilfe zu werden, fällt er ihr jetzt zur Last, bald muß er ganz erhalten werden, denn Unterstützung bekommt er wenig, und die nicht lange, zumal wenn ein Familienmitglied noch einen Verdienst hat. Jahrelang hat der Junge dem Unternehmer eine billige Arbeitskraft abgegeben, jetzt, da erst die Gelegenheit gekommen wäre, noch hinzuzulernen, ist er zum Nichtstun verurteilt. Hat er später mal das Glück, irgendwo unterzukommen, so muß er mit dem Lernen von vorne anfangen. Daheim klagen dem Jungen nicht immer angenehme Worte in die Ohren. Manchmal ist der Vater mürrisch, wenn er morgens zur Arbeit geht und den Jungen noch im Bett liegen sieht. Die Mutter hat auch nicht immer sanfte Töne, zumal an Tagen, wo das Wirtschaftsgeld gar nicht mehr reichen will, um die hungrigen Mäuler zu befriedigen. Mißgelaunt und verbittert geht der Junge stempeln, an übervollen Schaufenstern vorbei, sieht all die Herrlichkeiten mit krummendem Magen, ohne einen roten Pfennig in der Tasche. Die radikale Agitation hat bei ihm leichtes Spiel.

Nicht viel anders geht es den Jungverheirateten. In seinem Haushalt fehlt es an allen Ecken und Enden. Es wäre soviel anzuschaffen, doch die Unterstützung langt kaum für Miete und Maud. Dort, wo die Frau arbeiten geht, muß sie mit dem knappen Lohn Kind und Mann erhalten, der dies empfindet als eine Herabwürdigung. Das Schlimmste aber ist der trostlose Ausblick.

Wann wird es einmal besser? Ohne tiefgehende Reformen der Wirtschaft sicher nicht. Dem aber stimmt sich die allmächtige Kapitalistenklasse entgegen. Harter Kämpfe wird es bedürfen, hier Bresche zu schlagen, denn die Herrschaften lassen es sich was kosten. Nicht von ungefähr fließen die Millionen in die braunen Häuser und bürgerlichen Pressepaläste. Den Arbeiterorganisationen erwachsen hiernach Gefahren. Die Zahlungsfähigkeit der Erwerbslosen schwächt die Arbeiterorganisation finanziell, Mißmut und Verbitterung untergraben das Vertrauen zu den Führern, Hunger und Not trüben den Verstand. Große Teile der Arbeiterschaft sind dem gewerkschaftlichen Einfluß entzogen. Werkraum und Wirtschaft, die alten Werbesträßen, sind stark verödet. Die Kräftegenossen schwer zu fassen. Außerdem haben die Jungen eine andere geistige Einstellung. Die Jungen werten keine Tradition; sie können die mühselige Arbeit der Gewerkschaften nie begreifen, die aus Betern Streiter, aus Untertanen Bürger, aus Knechten Konstruktoren gemacht hat. Die älteren Arbeiter sind durch mancherlei Einrichtungen an die Organisation gebunden, der

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 22. Januar, ist der 4. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. Januar 1933 fällig.

Vorstand und Erweiterter Beirat haben beschlossen, bis auf weiteres das Beitrittsgeld auf die Hälfte der statutarischen Sätze aus § 3 Abs 4 zu ermäßigen.

Das Beitrittsgeld beträgt danach
für männliche über 18 Jahre alte Personen . . . 50 Pf.
für weibliche über 18 Jahre alte Personen . . . 25 Pf.
für Jugendliche beiderlei Geschlechts
sowie für Lehrlinge 15 Pf.

Mitglieder, die auf die Reise gehen oder den Arbeitsort wechseln, haben sich bei der Verwaltungsstelle ihres bisherigen Aufenthaltsortes unter Vorlage des Mitgliedsbuches abzumelden. Mitgliedsbücher, die diese Abmeldung nicht enthalten, können von keiner Verwaltungsstelle zur Anmeldung entgegengenommen werden, auch darf auf solche Mitgliedsbücher kein Reisegeld ausbezahlt werden. Bei Übersendung des Mitgliedsbuches an die frühere Verwaltungsstelle zum Zwecke der Abmeldung ist stets Rückporto beizulegen, auch dann, wenn diese Übersendung durch eine Verwaltungsstelle erfolgt. Die Postkosten gehen zu Lasten des betreffenden Mitgliedes.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitz

Junge durch wenig oder nichts. So eifrig die Jugendarbeit der Gewerkschaften, so wenig praktischen Erfolg hat sie bis jetzt gezeitigt. Es wurden verhältnismäßig wenig erfaßt; ein Teil der Erfassten entgleitet wieder durch die Arbeitslosigkeit dem Einfluß der älteren Kollegen. Daher muß die Erfassung und Beeinflussung der Jungen eine der dringendsten Aufgaben der freien Organisationen sein.

Sind alte Wege ausgetreten, müssen eben neue beschritten werden. Die eiserne Front, Gewerkschaften, Reichsbanner und Arbeitersport sollten nach einem einheitlichen Plan arbeiten, vielleicht in der Form, daß die letzteren im Sommer mehr die körperliche Ertüchtigung, die ersteren im Winter mehr die geistige Bildungsarbeit pflegen. Die innige Zusammenarbeit genannter Verbände wird keinem zum Schaden gereichen, am wenigsten den Gewerkschaften. W. H., Nürnberg.

Eine wichtige Lohnsteuerfrage

Der Reichsfinanzhof hatte sich kürzlich mit der Frage zu beschäftigen, ob ein Haushaltsvorstand für sein über 18 Jahre altes, also noch minderjähriges, arbeitsloses Kind beim Lohnsteuerabzug die übliche Familienermäßigung zu beanspruchen hat. Diese Frage wurde bejaht. Sie dürfte eigentlich gar nicht strittig sein, da sie im § 70 des Einkommensteuergesetzes ganz klar geregelt ist. Das scheinen aber manche Gemeindebehörden und Finanzämter nicht zu wissen, wie aus den Verhandlungen des Reichsfinanzhofes hervorgeht. In seiner Entscheidung (VI A 427/32) heißt es: Minderjährige Kinder im Alter von mehr als 18 Jahren ohne steuerpflichtiges Einkommen sind bei der Berechnung der Familienermäßigung mitzurechnen. Dabei ist zu beachten, daß Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung kein steuerpflichtiges Einkommen sind. Maßgebend für die Zahl der zu berücksichtigenden Kinder ist in jedem Falle die Eintragung in der Steuerkarte. Diese Eintragung entspricht in der Regel dem Familienstande am 10. Oktober des vorausgehenden Jahres. Sind an diesem Tage arbeitslose Kinder vorhanden, dann sind diese als solche in den behördlichen Personenstandsaufnahmebogen aufzunehmen, der alljährlich an diesem Tage von jedem Haushaltsvorstand auszufüllen ist. Bei der Ausstellung der Steuerkarte hat die Gemeindebehörde diese arbeitslosen Kinder als solche Kinder anzugeben, die bei der Berechnung der Familienermäßigungen zu berücksichtigen sind. Sie kann die Mitzählung der über 18 Jahre alten arbeitslosen Kinder auf eine bestimmte Zeit beschränken, wenn sie vermutet, daß diese über kurz oder lang wieder eigenes steuerpflichtiges Einkommen haben werden. Lautet die Eintragung auf eine beschränkte Zeit, dann hat der Familienvater vor ihrem Ablauf bei der zuständigen Gemeindebehörde (nicht Finanzamt) die weitere Mitzählung des arbeitslosen Kindes zu beantragen. Wird ein über 18 bis 21 Jahre altes Kind erst nach der Personenstandsaufnahme arbeitslos, muß der Familienvater bei der Gemeindebehörde sofort eine entsprechende Berichtigung seiner Steuerkarte beantragen. Von der nächsten Lohnzahlung an gilt dann die neue Eintragung in der Steuerkarte. Ein solcher Antrag muß auch gestellt werden, wenn die Familie durch Geburt oder Annahme eines Kindes größer geworden ist. Solange dies nicht geschehen ist, gilt die eingetragene Familienzahl.

Jubilarfeier

Am 7. Januar wurden von der Verwaltungsstelle Kulmbach die Kollegen Hägele und Schirmer geehrt, die dem Verband 25 Jahre angehören. Der Kollege Kunath dankte den Jubilaren für ihre vorbildliche Treue, die sie auch als langjährige Funktionäre bewiesen, und er überreichte ihnen die Ehrenurkunde, die Silbernadel und eine Gabe. Die Wünsche der Bezirksleitung und des Vorstandes wurden mit einem gezieltem Vortrag vom Kollegen Menius (Nürnberg) überbracht. Der Kollege Schirmer dankte im Namen der Jubilare und wünschte den anwesenden Kollegen, daß auch sie alle dereinst ihr 25jähriges Jubiläum im DMV feiern möchten.

Franz Hildenbrand †

Am 4. Januar ist unser Geschäftsführer in Singen a. H., Franz Hildenbrand, nach langwieriger Krankheit gestorben. Von seinen 51 Lebensjahren gehörte er 26 dem DMV an. In dieser langen Zeit hat er sein Wissen und Können der Arbeiterbewegung in ganzem Maße zur Verfügung gestellt, wobei es an Opfern nicht gefehlt hat. Über 10 Jahre war er Vorsitzender des Betriebsrats von Bopp & Reuther in Mannheim, von wo ihn die Singer Kollegen im Februar 1929 als Geschäftsführer bolten. Sie haben das nie zu bereuen gehabt. Als Mensch und Kämpfer hatte er sich allerorts Freunde erworben, die den frühen Heimgang ihres Franz laut beklagen. Mit ihnen betrauert die Mitgliedschaft den Tod ihres wackeren Kollegen. Sie werden sein Andenken in Ehrn halten.

Der Vorschlag der Technokraten

Er gleicht „dem Regen auf eine verschmachtende Welt“

Von Fritz Kummer

Seit längerer Zeit schon stößt man in der amerikanischen Presse auf Notizen, in denen die Worte „technocracy“ und „technocrats“ vorkommen. Was diese seltsamen Worte bedeuteten, war schwer herauszufinden. Übrigens kamen auch Notizen mit den gleichen Bezeichnungen, die sich über die „technocracy“ lustig machten. Immerhin, die Sache war ebenso nebelhaft wie fesselnd. In den letzten Monaten jedoch hat die Sache ihre Fragwürdigkeit immer mehr eingebüßt. Sie hat sich zu einem festen Plan zur Erlösung von dem größten Übel der Gegenwart, wenn man will, zur Befreiung vor der Allgewalt der Maschine über den Menschen, verdichtet.

Es ist verblüffend, wie rasch die neue Idee Köpfe und Herzen erfaßt, und nicht bloß die amerikanischen. Vor einigen Tagen zum Beispiel brachte eine große Londoner Zeitung eine Erläuterung der Technokratie, und nun bringt das Blatt Tag für Tag Zustimmung aus seinem Leserkreis und vervollständigende Vorschläge von Leuten von bedeutendem Ruf. Es wird erklärt, die Technokratie gleiche „dem Regen auf eine verschmachtende Welt“. Daß dies keine Übertreibung ist, bezeugen die Schilderungen aus Amerika. In den Straßen wie in den Familien, in den Werkstätten wie in Versammlungen wird der Plan der Technokraten erörtert. Die bekannte Newjorker Herald Tribune, die bisher gegen die Technokratie aufgetreten ist, erklärt, daß sie dem Ansturm ihrer Leser nicht mehr standhalten könne. Der Plan hat es auch Sozialisten angetan. Der weltbekannte Schriftsteller Upton Sinclair schreibt zustimmende, um nicht zu sagen begeisterte Aufsätze über diese Sache. Die Technokratie scheint, wie ein Rundblick in die internationale Presse beweist, allerwärts die Köpfe zu erfassen.

Was ist Technokratie?

Vor einem Jahrzehnt fanden sich amerikanische Volkswirtschaftler, Techniker und Chemiker zusammen, um das wirtschaftliche Problem Amerikas zu studieren, insonderheit das Problem, das die alle menschliche Tätigkeit durchdringende Maschinenarbeit darstellt. Unter diesen Fachleuten befanden sich Männer von Weltruf, wie der Volkswirtschaftler Thorstein Veblen, der „elektrische Hexenmeister“ Charles Steinmetz, der Professor Rautenstrauch, Dr. Richard Tilman, Bassett Jones und andere von gleich hoher Bedeutung, die sich später zu einer planmäßig schaffenden Gemeinschaft vereinigten, deren Leiter der Ingenieur Walter Scott wurde. Der Präsident der Columbia-Universität stellte den Forschern die Mittel und Einrichtungen seiner berühmten Anstalt zur Verfügung. Allgemach wuchs die Gemeinschaft auf zehntausend Köpfe an.

Sie gingen recht vorsichtig und gründlich zu Werke. Im Laufe der zehn Jahre haben sie an die 3000 Gewerbe unter die Lupe genommen, die Bilanzen, Ergiebigkeit sowie die Preis- und Werteinheiten der Erzeugnisse durchleuchtet. Nachdem sie die Untersuchung von 800 Gewerben abgeschlossen hatten, glaubten sie mit einem Bericht an die Öffentlichkeit gehen zu können. Den Bericht hat die amerikanische Bevölkerung im Sturm genommen. Unzählige Federn sind dabei, die Ergebnisse und Ideen des Berichts über den Erdball zu tragen.

Vor 10 000 Jahren, so erklären die Technokraten, besaß der Mensch nichts als seine Muskelkraft, das heißt, er hatte etwas über 2000 Kalorien zu seiner Verfügung. Später begannen die Menschen, Maschinen zu erfinden, erst die Dampfmaschine, dann den Elektromotor, schließlich spannten sie die Flüsse und die Flut in ihren Dienst. Das ist soweit gediehen, daß heute die Vereinigten Staaten einige Milliarden Pferdekraft zur Verfügung haben, so daß für jeden Amerikaner ein paar tausend Maschinensklaven schaffen.

Im alten Rom erzeugten die 7200 Schuhmacher in fünfzehn Tagen 7200 Paar Schuhe, heute erzeugt dieselbe Zahl in der nämlichen Zeit 595 000 Paar Schuhe. — Vor 100 Jahren erzeugte ein Mann im Jahr 25 Tonnen Roheisen; jetzt ermöglicht es die Hochofentechnik, daß ein Mann im Jahr 4000 Tonnen produziert. In der Glühlampenfabrikation erzeugt ein Mann heute in einer Stunde soviel Lampen, wofür er im Jahre 1914 noch 9000 Stunden brauchte. Die Maschine, die dies ermöglicht, wird von 37 Mann in sechs Wochen erbaut. — 100 Mann, die fortwährend in einer modernen Ziegelfabrik schaffen, können alle Ziegelsteine herstellen, die in den Vereinigten Staaten gebraucht werden. — Ein Werk in Milwaukee fertigt mit 208 Mann je Tag 10 000 Kraftwagenrahmen und 54 km Röhren. Und so weiter.

Die Technokraten sagen, daß es mit der Entfaltung der Technik noch keineswegs sein Bewenden habe, im Gegenteil. Es werden jetzt in der Krise Fabriken ohne jede Menschenhand erbaut, abgesehen von dem Händepaar, das die Schaltbretter bedient. Maschinensklaven sind derart vervollständigt, daß sie als Aufseher für andere Maschinen walten können. Es wird für ganze Gewerbe, die bisher Tausende von Leuten beschäftigten, möglich sein, mit einer Handvoll Leute auszukommen. Die technischen Fortschritte, die längst schon sich in ungeheurer Arbeitslosigkeit ausdrücken, werden das Übel noch beträchtlich verschlimmern. Selbst wenn Amerika, so erklären die Technokraten, auf die Rekordhöhe seines Verbrauchs von 1929 käme, könnten höchstens 55 vH der jetzigen Arbeitslosen auf Beschäftigung hoffen. Wenn es mit dem technischen Fortschritt wie bisher noch zwei Jahre fortgeht, werde Amerika statt 11 Millionen 24 Millionen Arbeitslose zählen.

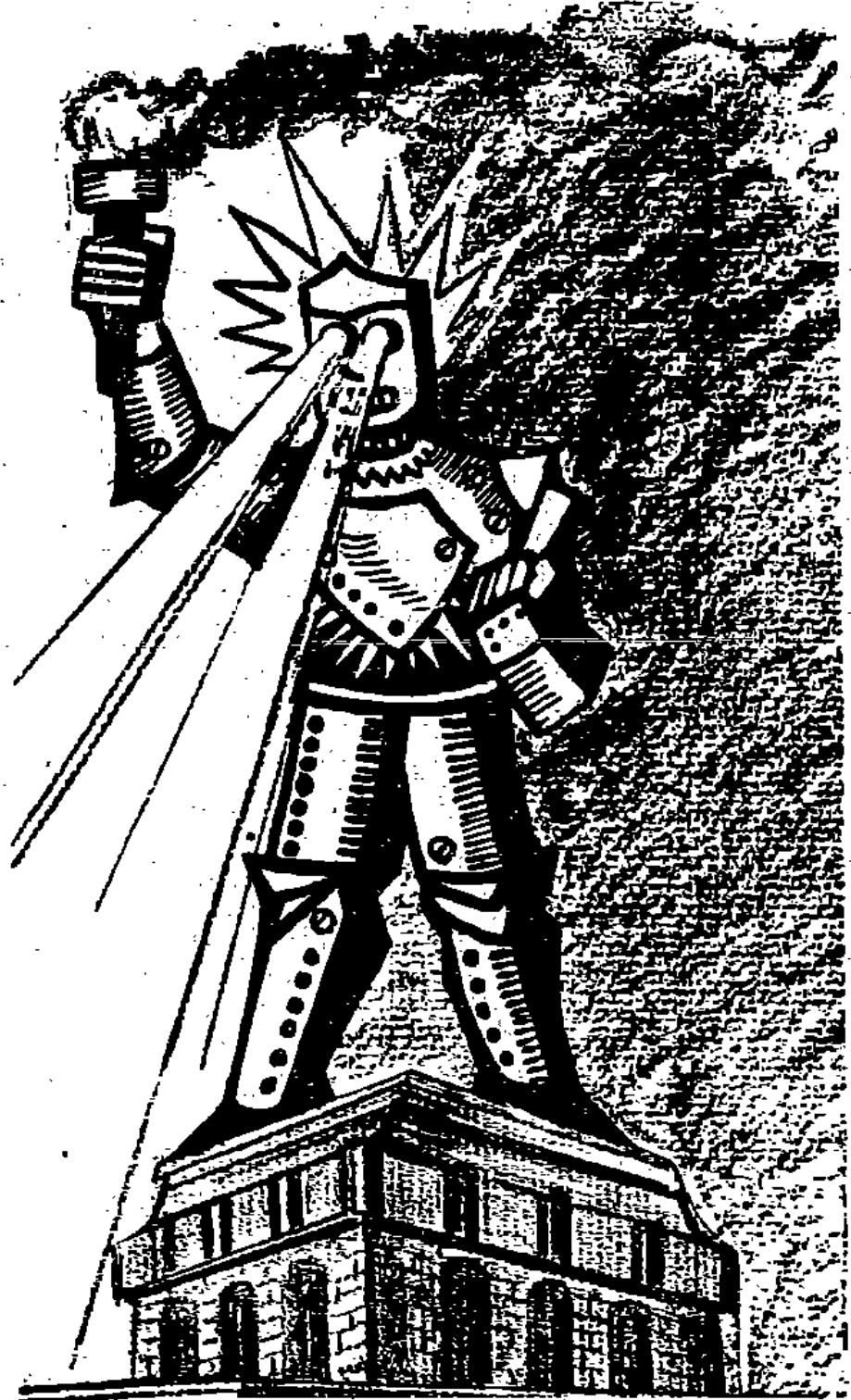
Die Menschen hungern, weil zu viel Nahrungsmittel vorhanden sind; sie müssen bei frostigem Regen herumlaufen, weil zu viel Häuser gebaut wurden; sie kleiden sich in Fetzen, weil zu viel Anzüge gehäuft werden mußten. Diese höllische Paradoxie entspringt der Tatsache, daß unser Geld- und Verteilungssystem zusammengebrochen ist. Die Besitzer und Verwalter des Produktionsapparates zeigen sich außerstande, die Folgen aus dem wundersamen Aufstieg der Technik zu ziehen. Sie wissen nicht wohin mit dem fabelhaften Reichtum; sie drosseln ihn daher oder lassen ihn verfaulen oder vernichten. Die industriellen Schulden Amerikas sind auf 218 000 Millionen Dollar angewachsen, und diese übertriebene Summe schnell rascher empor als die Produktionsrate. Diese erdrückende Last ruht auf der Wirtschaft und zermalmt die Menschen. Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Vereinigten Staaten wird darum nur eine Frage der Zeit sein.

Der Stand der Technik läßt die Technokraten zu dem Schluß kommen, daß man heute schon den außergewöhnlich hohen Lebensstand von 1929 zehnmal erhöhen, alle materiellen Bedürfnisse befriedigen könne bei einer täglichen Arbeitszeit von vier Stunden, und daß man selbst bei dieser kurzen Arbeitszeit das durchschnittliche Jahreseinkommen des Amerikaners auf 20 000 Dollar zu steigern vermöge. Zum ersten Male aber in der Weltgeschichte müsse man inmitten eines Überflusses, eines Schutthaufens von Schulden und Elend leben. Der Weg aus diesem Schutthaufen werde verbaut durch die Trümmer des jetzigen wirtschaftlichen und sozialen Systems.

Statt Geldeinheiten „ergs“

Nach all der ganz berechtigten Kritik des heutigen Wirtschaftssystems, die übrigens wir Sozialisten längst vor den Technokraten geübt haben, wird man nach den Besserungsvorschlägen fragen. Sie sind, wie man gestehen muß, äußerst originell. Die Technokraten erklären, die Geldeinheit (der Dollar) müsse durch Energieeinheiten — „ergs“ — ersetzt werden: bei dem

Die umgekrepelte Freiheitsgöttin



Das maschinenmenschliche Amerika erleuchtet die Welt

heutigen Zustand wisse kein Mensch mehr, was eine Ware morgen koste. Der Geldwert (im Vergleich zum Warenwert) schwankte fortgesetzt, die Währungen einer steigenden Zahl von Ländern torkeln hin und her, für die Bemessung (des Verkaufspreises) der Produkte gebe es keinen Maßstab mehr. Und das zu einer Zeit, wo der Herstellungswert selbst des kleinsten Produktes vom Ingenieur nach Sekunden oder Geldbruchteilen berechnet wird. Es müsse daher das bisherige Preissystem verschwinden, eine neue Berechnung der Preise Platz greifen. Der Ingenieur vermöge festzustellen, wieviel Energie beispielsweise von einem Liter Öl oder einer bestimmten Menge Kohle zu erlangen sei, während kein Wirtschaftler mit einiger Bestimmtheit sagen könne, wie hoch der Preis von einem Liter Öl oder einem Kilogramm Kohle in der nächsten Woche sei.

Das alte Preissystem habe zu verschwinden, die Produkte seien nach der in ihnen enthaltenen Energie, nach Energieeinheiten, nach „ergs“ zu berechnen. Das aber sei Sache des Ingenieurs. Den Bankiers und Industriellen sei die Führung der Produktion abzunehmen und dem einzigen Manne, der sie verstehe, dem Ingenieur, zu überlassen. Geschehe die Bemessung (Bezahlung) von Waren und Diensten nach der dafür aufgewendeten Energie und nicht mehr nach Geldeinheiten, falle die Möglichkeit der Bereicherung des Geldbesitzers oder Nichtstuers fort. Die Menschen bekämen den wirklichen Wert ihrer Arbeit entgolten; und in dem Maße die Ergiebigkeit der aufgewendeten Energie wachse, steige der Gegenwert für diese Energie oder sinke die Arbeitszeit.

Heute habe jeder Amerikaner ein paar tausend Maschinensklaven zu seiner Verfügung, deren Arbeit ihm auch zugute kommen müsse. Der Nutzen lasse sich noch gewaltig steigern. Denn das heutige Preissystem verhin-dere die volle Ausnutzung der technischen Ergiebig-

keit: Zahlreiche Erfindungen würden aufgekauft und vernichtet, weil sich die Industriellen hiervon mehr Gewinn versprechen. Unzählige Waren würden lotterhaft hergestellt, um den Umsatz im Gange zu halten. Daran könne der Arbeiter, der mit seiner Energie alles zu bezahlen hat, kein Interesse haben. Sein Nutzen sei, mit möglichst wenig Anstrengung möglichst viel und Gutes zu erzeugen. Erhalte dieser Grundsatz, was bei dem Vorschlag der Technokraten möglich sei, allgemein Geltung, könne man beispielsweise ein Automobil herstellen, das sechzig Jahre gebrauchsfähig sei, oder eine Rasierklinge, die fast das ganze Leben lang halte, oder ein Streichholz, das ewig zu nennen sei. Es lasse sich daher leicht eine solche Überfülle erzeugen, daß jeder Bürger im Reichtum leben und sich nach ein paar Jahrzehnten nützlicher Arbeit zurückziehen könne.

Man wird angesichts solch verlockender Schilderungen leicht die ungeheure Begeisterung verstehen, die der Plan der Technokraten entfacht. Es haben sich gleich verschiedene Volkswirtschaftler an den Rundfunk gemacht, um die Vorschläge der Technokraten zu verspotten oder zu widerlegen. Daß dies geglückt sei, läßt sich wahrhaftig nicht behaupten. Was immer kühle Fachleute gegen die Vorschläge einwenden, die große Masse glaubt an sie. Die Millionen hungernder Farmer und Arbeiter, die Hunderttausende von geschäftlich bedrohten Fabrikanten, Kaufleuten und Angestellten haben die kapitalistische Mißwirtschaft dick satt. Sie können nicht verstehen, daß man inmitten eines erdrückenden Überflusses verkommen soll, nur weil die den Wirtschaftsapparat beherrschenden Industriellen und Geldleute keine neue Idee mehr haben oder vom Eigennutz beherrscht werden.

Mehr als der Name besagt

Der Grundgedanke der Technokratie ist die Abschaffung des Preissystems. In diesem Worte drückt sich allerdings die revolutionäre Bedeutung des Gedankens nur zu einem Bruchteil aus. Man könnte die Sache paßlicher mit einer Bezeichnung aus dem sozialistischen Wortschatz benennen. Warum aber das unzulängliche, fast gemeinplätzig Wort? Nun, weil in Amerika Ausdrücke, die auf Sozialismus hindeuten, verpöndelt wenig verbenden Klang haben. Die Technokraten mußten mit dem Vorurteil der „amerikanischen Rasse“ rechnen. Sie haben es vorgezogen, anstatt Abschaffung des Profitsystems, der kapitalistischen Ausbeutung oder Beseitigung des Mehrwertes, einfach und unverfänglich „Einführung der Wertberechnung nach ergs“ zu sagen. Gegen eine derart unschuldige Neuerung dürfte selbst die Kirche, ihr Oberhaupt und seine anti-sozialistischen Würdenträger nichts in Erinnerung haben.

Durchdenkt man den so unverfänglich benannten Plan der Technokraten einigermaßen, findet man, daß er keineswegs unverfänglich ist, sondern dem Profitsystem an die Nieren geht. Er läuft auf die Ausschaltung der Parasiten und der privaten Mehrwertschieberei hinaus. Nur wer wirklich nützlich schafft, kann auf Entgelt hoffen. Häufung von Reichtum ist nur noch den produktiv Schaffenden im Sinne persönlicher Wohlfahrt möglich. Mit diesen kargen Andeutungen müssen wir uns heute begnügen. Jedenfalls machen die Technokraten den Versuch, aus dem gegenwärtigen Schlamassel, den die bankrotte kapitalistische Wirtschaft darstellt, herauszukommen. Man kann diesem Versuch die Neuartigkeit und Kühnheit nicht absprechen. Fast alle Vorschläge und Programme, die bislang zur Lösung des Problems der Probleme gemacht wurden, offenbaren nach kurzer kritischer Betrachtung schon ihre Unzulänglichkeit. Die meisten sind von Köpfen erdacht, die sich noch die Zustände der Vorkriegszeit vorstellen, also eine Zeit des Mangels, aber nicht der fabelhaften Überfülle. Dem kritischen Betrachter kommen diese Programme reichlich unwirklich, antiquarisch vor, abgesehen davon, daß ihnen nicht die Kraft innewohnt, die Masse zu begeistern, sie für die Verwirklichung in Bewegung zu setzen, von der Geeignetheit der Programme, das alles überschattende Problem zu lösen, ganz zu schweigen.

Für die neue Zeit, für die Zeit der fabelhaften technischen Ergiebigkeit und der stark geänderten Geistes- und Seelenverfassung, müssen andre Wege eingeschlagen werden als die, welche in fast allen den bisher bekannten Programmen vorgezeichnet sind. Die jetzige Krise ist insonderheit eine geistige Krise. Der gewaltigen wirtschaftlich-sozialen Umwälzung, an deren Anfang wir stehen, muß eine ebenso gewaltige geistige Umwälzung vorausgehen.

Es ist klar, daß die Idee der Technokraten nicht bloß für das Dollarland, sondern für alle Länder, für die ganze kapitalistische Welt paßlich ist. Es ist gewiß, daß die Sache sehr bald allerwärts zum Erörterungs- und Streitgegenstand werden wird. Wir werden uns daher damit noch manchmal zu befassen haben. Für heute konnte es sich nur darum handeln, unsere Leser über den Sinn der Technokratie zu unterrichten. Kritische Betrachtungen werden noch zu folgen haben. Es sei darum heute nur auf eins, nur auf etwas sehr Wesentliches hingewiesen, nämlich: wie die Technokraten ihren Plan durchführen wollen. Hierfür sind in Amerika zur Stunde noch nicht die nötigen Kräfte zu sehen. Daß sich die Beherrscher und Nutznießer des lebendigen und toten Inventars des Trustlandes wortlos dorthin versetzen lassen, wo sie nicht mehr wüsten können, ist nicht gerade wahrscheinlich.

Allerdings soll nicht verschwiegen werden, daß bei der ranzigen Stimmung, die in Amerika in allen Schichten über die kapitalistische Mißwirtschaft herrscht, und bei der Begeisterung, womit die Idee der Technokraten aufgenommen wird, mit schweren politischen Komplikationen gerechnet werden muß. Man spricht seit Wochen schon von — Diktatur!

So leben die Erwerbslosen

Die Nachkriegsregierungen haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt.

(Reichskanzler v. Papen am 4. Juli 1932.)

Der sächsische Innenminister Richter sagte kürzlich in einem Rundfunkvortrag von den Arbeitslosen des Erzgebirges: „Wovon leben denn diese Leute? Früh, mittags und abends bekommt man nichts anderes als Kartoffeln und Leinöl, ab und zu einen Hering, und ein Getränk, das man Kaffee nennt. Aufwendungen für Kleider sind unmöglich. Die Schwindsucht kann hier nicht ausgeottet werden trotz der gesunden Luftverhältnisse. Erfährt noch die Erwerbslosigkeit ganze Familien, wie das sehr oft der Fall ist, dann steht eine ganze Volksguppe, die Entbehrungen seit Jahrzehnten bereits kennt, vor dem Abgrund.“

Wenig anders verhält es sich mit den Erwerbslosen der Großstadt. Ihr Lebensstand ist ebenso tief gesunken, nur mit dem einen Unterschied, daß sie ihr Schicksal um vieles härter empfinden als ihre Genossen im Thüringer Wald und im Erzgebirge, weil sie gewohnt waren, mehr Ansprüche ans Leben zu stellen als ihre Genossen im Erzgebirge.

Wie die Arbeitslosen in der Großstadt leben, sei hier auf Grund einer Erhebung gezeigt. Die Erhebung erfaßte eine größere Zahl Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Neben der Höhe der Unterstützung wurde insbesondere nach Nebeneinnahmen gefragt und nach der Art der Verwendung aller Einnahmen und der Freizeit. Es ergab sich, daß die Durchschnittsunterstützung bei Arbeitslosen mit zuschlagsberechtigten Angehörigen auf eine Person ungelegt 3,66 M wöchentlich beträgt. Dieser Betrag zum Leben verwandt, verteilt sich folgendermaßen:

Miete	33 vH
Frühstück und Abendbrot	27 vH
Mittagsgerichte	25 vH
Licht, Heizung usw.	8 vH
Verschiedenes: Zwirn, Seife, Haarschneiden usw.	7 vH

Weiter ergab sich, daß im Durchschnitt mit einer zusätzlichen Einnahme von 13 vH wöchentlich je Person zu rechnen ist. Der zusätzliche Teil ist sehr verschiedenen Ursprungs und Wesens. Als „Nebenverdienste“ wurden genannt: Ein Facharbeiter führt kleine Reparaturen aus, ein Familienvater geht betteln, ein anderer „macht so ein bißchen Vertreter nebenbei“. Die Erwerbslosen des Stadtrandgebiets sammeln Holz, stoppeln Kar-

toffeln u. a. m. Dadurch tritt eine geringfügige Besserung des Lebensstands ein.

Es folgen zwei Küchensettel. Sie sind nicht gemacht, sondern der Wirklichkeit entnommen.

Mittagsgerichte:

- | | |
|--------------------------------------|------------------------------|
| I. | II. |
| 14. 12. Kartoffelmus m. Semmelsack | Kartoffelsuppe mit Speck |
| 15. 12. Kart. mit Möhr. u. ¼ Fleisch | Kartoffelstückch. o. Fleisch |
| 16. 12. Kartoffeln mit Semmelsack | Grüppchen ohne Fleisch |
| 17. 12. Brot und Apfel | Bücklinge und Brot |
| 18. 12. Kartoffeln und Fisch | Kartoffeln u. Wiegebraten |
| 19. 12. Kartoffeln und Fisch | Kartoffeln mit Margarine |
| 20. 12. Kartoffeln und Hering | Haferflockensuppe |

Das Frühstück besteht vorwiegend aus Brot mit Margarine und Kornkaffee.

Das Abendbrot besteht vorwiegend aus Brot mit Margarine, Kornkaffee und Hering, oder Bratkartoffeln, Kartoffelsuppe, Brot und Kaffee.

Vergleichsweise folgt der Speisezettel einer preußischen Gefangenenanstalt für zwei Tage:

Sonntags:

- Morgens: ½ Liter Kaffee oder ¼ Liter Suppe und 300 Gramm Graubrot.
 Mittags: 1 Liter Nudelsuppe, 100 Gramm Schweinefleisch, 1 Liter Kartoffeln, ¼ Liter Tunke, ½ Liter Preiselbeeren.
 Abends: ¼ Liter Kakao, 350 Gramm Brot, 20 Gramm Kunstbutter, 50 Gramm Käse.

Montags:

- Morgens: An allen Wochentagen die gleiche Ration wie Sonntags.
 Mittags: 1 Liter Reis mit Kunstbutter als Fettung.
 Abends: ¼ Liter Kaffee, 250 Gramm Brot, 20 Gramm Kunstbutter, 50 Gramm Büchsenleberwurst.

Hält die Arbeitslosigkeit noch länger an, so müssen ihre Opfer vollständig verkommen. Die meisten haben bereits ihr letztes Wertstück, den Sonntagsanzug, aus dem Schranke geholt. Es ist darum allerhöchste Zeit, daß etwas Nützlich für die Arbeitslosen getan wird: daß für sie entweder Arbeit beschafft oder ihre Unterstützung so erhöht wird, daß sie wenigstens leben können.

Horst Kasper.

Hilfsbedürftigkeit und Unterhaltspflicht

Die Wohlfahrtsämter und die Arbeitsämter verlangen bei Anträgen auf Unterstützung die Beibringung von Verdienstbescheinigungen der unterhaltspflichtigen Angehörigen des Antragstellers. Erreicht das Einkommen der Angehörigen den vom Fürsorgeamt festgesetzten Richtsatz, dann wird der Antrag abgelehnt. Dieses Verfahren ist aber nach einer Entscheidung, die das Preußische Oberverwaltungsgericht am 8. Juli 1932 (A 63/1932) gefällt hat, falsch. Das Oberverwaltungsgericht sagt in dieser Entscheidung, daß die Hilfsbedürftigkeit nicht deshalb verneint werden kann, weil ein Unterhaltsanspruch gegen Angehörige zwar besteht, aber nicht verwirklicht wird. Die Fürsorge darf also nicht mit der Begründung verweigert werden, daß ein unterhaltspflichtiger Angehöriger vorhanden ist, wenn der Unterhalt tatsächlich nicht gewährt wird.

Diese Entscheidung ist für viele Arbeitslose sehr wichtig. Im gegebenen Fall muß gegen die Ablehnung des Unterstützungsantrages Einspruch erhoben und dieser mit der wiedergegebenen Entscheidung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts, die grundsätzliche Bedeutung hat, begründet werden.

In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß die Bestimmung darüber, wer unterhaltspflichtiger Angehöriger ist, im Bürgerlichen Gesetzbuch, § 1601 ff., getroffen wird. Hiernach sind unterhaltsverpflichtet nur Verwandte auf- und absteigender Linie, das heißt Eltern, Kinder, Großeltern, Enkel sowie Ehegatten, Stiefkinder, Stiefeltern, Schwiegerkinder, Schwiegereltern und Geschwister sind nicht unterhaltspflichtig. Auch dann nicht, wenn sie mit dem Hilfsbedürftigen in einem gemeinsamen Haushalt leben. So hat auch das Bundesamt für Heimatwesen, die oberste Spruchinstanz in Fürsorge-rechtssachen, wiederholt entschieden. So braucht ein Stiefvater seinem im Haushalt lebenden Stiefkinde den Unterhalt nicht zu gewähren. Wenn die Arbeitsämter oder Fürsorgeämter trotzdem von dem Arbeitslosen verlangen, sich von nicht unterhaltsverpflichteten Angehörigen erhalten zu lassen, so muß auch hier auf die maßgebenden Bestimmungen des BGB und auf die dauernde Rechtsprechung des Bundesamtes für Heimatwesen hingewiesen werden.

P. B.

Tag der Arbeiter-Photographen

Der Arbeiter-Lichtbildbund, die sozialdemokratische Organisation aller Photo- und Filmamateure, hält am 21. und 22. Januar in Magdeburg seinen Bundestag ab.



Das ist die Salem-Fabrik

Verlangten

soll der Raucher nur das Beste. Begnügt er sich mit Minderwertigem, so darf er sich nicht wundern, wenn schlechte Ware sich verbreitet. Besteht er aber auf Qualität, so erhält er

die milde SALEM 3 1/3

mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwiedergabe.

Der Große Brockhaus

Handbuch des Wissens in 20 Bänden. Erschienen ist Band 13, der die Buchstaben Mb-Os umfaßt. Trotz der Krise wird das Erscheinen der Fortbände, völlig neu bearbeiteten Auflage des Brockhaus Konversationslexikons durchgeführt. Im vorliegenden Band wird wieder viel Wissenswertes ausführlich behandelt. Es

braucht nur an die Stichworte Musik, Nation, Orient usw. erinnert zu werden. Die Geographic ist besonders stark vertreten. Nordamerika, Ostasien sind mit gutem, ausreichendem Kartenmaterial nach dem neuesten Stand der Forschung behandelt. Preis des Bandes, in Leinen gebunden, 23,40 M. Bei Umtausch gegen ein altes Lexikon nach den festgesetzten Bedingungen 21,15 M. Auf das wertvolle Nachschlagewerk sei immer wieder besonders hingewiesen. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig C1, Querstraße 16.

Betten

Werkzeuge aller Art
Werkzeuge gratis
Werkzeuge Werkzeuge
Hagen i. W. 102

Arbeitsanzüge

Sehr gutes
schweres Blaukleid 3.90
sehr guter schwerer
Kopdrell 5.10
allerschwerster tauchen
taucht Riesenrell 6.50

100x BIOX-ULTRA-ZAHNPASTA=50x

Fachausbildung neben dem Beruf
durch Selbststudium zum Techniker, Meister, Ingenieur usw. in allen Spezialzweigen.
Russisches Lehrinstitut, Potsdam-Tel. 25

MERGLER & CO

Mech. Berufswiederfabrik
WÜRZBURG 104